

# „Erschreckend wenig Sachkenntnis“

**MORATORIUM** Windkraftkritischer Dachverband fordert Baustopp für Windparks / Entscheidungsträgern fehle nötiges Fachwissen

**MAIN-KINZIG** (red). Als wichtigstes Ergebnis der ersten Klausurtagung des gemeinnützigen Dachverbands „Vernunftkraft Hessen“ steht die Forderung nach einem Moratorium: Bis die entscheidenden Fragen über den tatsächlichen Nutzen des massiven Ausbaus der Windkraft in den hessischen Wäldern beantwortet sind, sollen keine weiteren Anlagen errichtet werden, fordern die Delegierten der Bürgerinitiativen (BI). Rund 50 hessische BIs, darunter auch die BI „Windkraft im Spessart“, haben sich im Oktober zusammengeschlossen, um die Landesregierung zum Dialog mit den Bürgern aufzufordern. Unmut und Widerstand in der Bevölkerung wüchsen täglich.

Ziel des Verbands sei es, über ökonomische und ökologische Folgen des massiven Ausbaus der Windkraft sowohl Bürger als auch Politiker aufzuklären und die politisch Verantwortlichen zum Einlenken zu bewegen. Gerade die Politiker, die diese Entscheidungen fällen müssten, hätten erschreckend wenig Sachkenntnis, berichteten die meisten BI-Delegierten. Ein Durchbruch wurde bereits im Vogelsberggebiet erreicht, wo Bürgerinitiativen durch CDU-Politiker aktiv unterstützt würden.

Obwohl Hessen dicht besiedelt sei, wol-

le die Landesregierung keine Rücksicht auf die Menschen nehmen, so die BI. Während in Bayern und Sachsen beim Bau von Windkraftanlagen mindestens 2000 Meter Abstand zur Wohnbebauung eingehalten werden müssen, erachte der hessische Landtag, CDU, SPD, Grüne und Linke, einen Abstand von 1000 Metern für ausreichend. Da 42 Prozent der Landesfläche mit Wald bedeckt seien, müssten die meisten der geplanten Anlagen auf bewaldeten Mittelgebirgskämmen gebaut werden. Naturschutzgebiete seien kein Tabu mehr.

Aber selbst Windkraftanlagen in den Kammlagen seien keine Garantie für Rentabilität. So verwiesen hessische Bürgerinitiativen auf die Daldorf-Studie bei der 1200 Jahresabschlüsse untersucht wurden. Die Wirtschaftlichkeitsbilanz für Deutschland: Zwei Drittel der Windparks arbeiteten unwirtschaftlich. Kommunen in Rheinland-Pfalz bestätigten diese Zahl.

Die von Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) beschlossene Verdopplung des Windstroms in Hessen wäre nicht geeignet, um auch nur annähernd eine zuverlässige Stromversorgung zu gewährleisten. Die Fachwelt schließe zudem aus, dass industriell nutzbare Großspeichertechnologien für Strom aus erneuerbaren

Energien in den kommenden Jahrzehnten zur Verfügung stehen. Dies wäre aber erforderlich, um diesen Strom grundlastfähig zu machen. Nun habe auch der Direktor des Thinktanks „Agora Energiewende“ erklärt: „Wir haben uns bei der Energiewende geirrt! Die vielen Windräder und Solaranlagen, die Deutschland baut, leisten nicht, was wir uns von ihnen versprochen haben.“

Auch Weltklimarat, EU und Deutschlands Nachbarländer rieten von der Subvention des Ausbaus ab.



Windräder im Wald: für die Windkraftkritiker nicht akzeptabel.

Foto: dpa